

## Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Brigitte Pothmer, Beate Walter-Rosenheimer, Kerstin Andreae, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
– Drucksache 18/1343 –**

**Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen – Stopp des Programms MobiPro-EU sofort aufheben**

### A. Problem

Die antragstellende Fraktion verweist darauf, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Europa infolge der Banken-, Schulden- und Wirtschaftskrise große Ausmaße angenommen habe. Fast jeder vierte junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren sei Ende 2013 ohne Arbeit oder Ausbildung gewesen. Die Bundesregierung habe das Programm „MobiPro-EU“ als Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit gestartet, es aber für das Jahr 2014 plötzlich gestoppt.

### B. Lösung

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordert, den Antragsstopp für 2014 für das Programm „MobiPro-EU“ sofort aufzuheben und das Programm verlässlich bis 2018 zu finanzieren. Besonders den jungen Menschen, die in der begründeten Hoffnung auf eine Förderung durch das Programm bereits nach Deutschland gekommen seien, müsse schnell geholfen werden.

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.**

### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

### D. Kosten

Kostenrechnungen wurden nicht angestellt.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 18/1343 abzulehnen.

Berlin, den 21. Mai 2014

**Der Ausschuss für Arbeit und Soziales**

**Kerstin Griese**  
Vorsitzende

**Brigitte Pothmer**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Brigitte Pothmer

### I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 18/1343** ist in der 33. Sitzung des Deutschen Bundestages am 8. Mai 2014 an den Ausschuss für Arbeit und Soziales zur federführenden Beratung sowie an den Haushaltsausschuss sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen worden.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller verweisen darauf, dass „MobiPro-EU“ im Januar 2013 von der schwarz-gelben Bundesregierung gestartet wurde. Das Programm wende sich an junge europäische Ausbildungswillige bzw. Fachkräfte bis 35 Jahre und biete ihnen Unterstützung bei der Suche nach einer beruflichen Perspektive in Deutschland an. Die durch „MobiPro-EU“ gewährte Starthilfe für die jungen Menschen umfasse die Finanzierung von Sprachkursen, Reise- und Unterhaltskosten, unterstütze bei Praktika, der Ausbildungsplatzsuche und bei der Vermittlung auf einen Arbeitsplatz. Vor dem Hintergrund der enorm hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa sei „MobiPro-EU“ auf Interesse gestoßen. Seit 2013 hätten sich rund 9 000 junge Menschen für eine Starthilfe durch „MobiPro-EU“ beworben.

Diese erfreuliche Entwicklung sei auch durch zahlreiche Informations- und Auswahlveranstaltungen im europäischen Ausland unterstützt worden.

Der im Februar 2014 von einem Tag auf den anderen verkündete Förderstopp sei vollkommen überraschend gekommen. Er sei zwar kurzfristig wieder aufgehoben worden. Anfang April 2014 sei jedoch ein weiterer, dieses Mal kompletter Antragsstopp für 2014 verhängt worden. Erst 2015 sollten Ausbildungswillige und Fachkräfte wieder neue Anträge stellen können.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben den Antrag auf Drucksache 18/1343 in ihren Sitzungen am 21. Mai 2014 beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat Antrag auf Drucksache 18/1343 in seiner 13. Sitzung am 21. Mai 2014 abschließend beraten und dem Deutschen Bundestag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** lehnte den Antrag ab. MobiPro-EU sei ein sehr gutes und durchdachtes Pilotprojekt und leiste einen kleinen Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die Koalition arbeite derzeit an der Aufstockung der Mittel. Dabei gebe es eine gute Entwicklung. Trotzdem müssten die anderen europäischen Staaten ebenfalls ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit leisten und beispielsweise die duale Ausbildung als Basis dafür einführen. Diese biete Strukturen, um die Jugendarbeitslosigkeit systematisch und damit langfristig abzubauen. Dabei habe Europa noch einen weiten Weg vor sich.

Die **Fraktion der SPD** lobte das Programm MobiPro-EU. Das Programm sei sehr erfolgreich, deshalb habe man die Haushaltsmittel dafür noch einmal deutlich aufgestockt. Im Ergebnis könnten so noch mehr Jugendliche in Europa gefördert werden als bisher. Es stünden jetzt Haushaltsmittel für 2014 in Höhe von rund 96 Mio. Euro zur Verfügung. Mit diesem Geld würden die Jugendlichen weiter gefördert, die ihre Anträge bis zum 8. April 2014 gestellt hätten. Die Förderung sei damit bis zum Ende der jeweiligen Ausbildungszeit sichergestellt. Dies bedeute Verlässlichkeit. Den Jugendlichen werde so eine berufliche Zukunft eröffnet. Die Träger hätten zudem mit Vorbereitungen auch für das nächste Jahr bereits begonnen. Allerdings werde

Deutschland nicht alle europäischen Jugendlichen fördern können. Die Erhöhung der Mittel auf insgesamt 359 Mio. Euro sei beachtlich. Für den Zeitraum von 2013 bis 2018 bedeute das ein Mehr von 260 Mio. Euro.

Die **Fraktion DIE LINKE**. schloss sich der im Antrag geäußerten Kritik an der fehlenden Finanzierung an. Allerdings müsse man sich auch kritisch mit dem Inhalt des Programms auseinandersetzen. Dazu sei anzumerken, dass Arbeitgeber bei der Förderung eines Ausbildungsplatzes über drei Jahre hinweg mit bis zu 30 000 Euro aus dem Programm MobiPro-EU subventioniert werden könnten – ohne die Verpflichtung eigener Kostenbeteiligung. Viele der so geförderten Ausbildungsplätze befänden sich im Hotel- und Gaststättengewerbe. Der DGB fordere, die Arbeitgeber auch an diesen Ausbildungskosten zu beteiligen; denn gerade die Ausbildungsplätze etwa zum Koch, zur Restaurant- oder Hotelfachfrau stünden nicht auf der Liste des Fachkräftebedarfs, der ja mit MobiPro ebenfalls gedeckt werden solle. Zudem gebe es für diese Berufe viele Bewerber aus dem Inland. Beides bedeute keine Legitimation, mehr durch MobiPro-EU geförderte Jugendliche für diese Ausbildungsplätze aus dem europäischen Ausland zu holen; denn bei MobiPro-EU gehe es auch um die Deckung des Fachkräftebedarfs.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte eine unprofessionelle Abwicklung des Programms MobiPro-EU in den vergangenen Monaten. Das habe in den betroffenen Ländern zu Kritik in den Medien geführt. Gleichwohl begrüße man, dass absehbar zusätzliche Mittel für das Programm bewilligt würden – auch durch das Engagement der Fraktion befördert. Zu begrüßen sei zudem, dass die bis zum 8. April 2014 gestellten Anträge nach und nach gewährt würden. Für die Betroffenen sei das gut. Ein großes Problem bestehe aber weiterhin darin, dass der Programmstopp nicht aufgehoben worden sei. Als Konsequenz bedeute dies, dass weitere Anträge für MobiPro-EU erst wieder am 1. Januar 2015 bewilligt werden könnten. Die Träger könnten aber einen Ausbildungsbeginn 2015 nur dann organisieren, wenn sie spätestens im Herbst 2014 mit der Werbung für das neue Programm und mit Sprachkursen in den Herkunftsländern der Jugendlichen begönnen. Dafür und für feste Zusagen an die Jugendlichen gebe es aber jetzt kein Geld. Das „On-Off“, das die Bundesregierung mit diesem Programm betreibe, richte Schaden an. Ein weiterer Fehler sei die Deckelung des Programms auf 2 000 Teilnehmer und Teilnehmerinnen aus ganz Europa. MobiPro-EU müsse stattdessen ausgeweitet und durchgehend finanziert werden.

Berlin, den 21. Mai 2014

**Brigitte Pothmer**  
Berichterstatlerin